

An die Fraktionen
von CDU und Grünen



Time for Action - Unsere Forderungen

Sehr geehrte neu gewählte Vertreter:innen des Essener Stadtrats von CDU und Grünen,
das Netzwerk „Gemeinsam für Stadtwandel“ gratuliert Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl und zu Ihrem Bestreben eine Koalition zu bilden. Damit erhalten Sie die Chance, die Interessen der Essener Bürger:innen in den nächsten fünf Jahren zu vertreten. „Gemeinsam für Stadtwandel“ ist ein Netzwerk von Essener Bürger:innen aus Initiativen und Unternehmen, die sich für Klimaschutz und Nachhaltigkeit einsetzen. Unser Ziel ist, gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft die zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Essen generationengerecht voranzutreiben.

Der „Call for Action“ unseres Netzwerks hat Politik und Rat im Frühjahr an die Entscheidungen des Klimabeschlusses vom 10. Juli 2019 erinnert. Durch Ihre Antworten auf unsere „Klimawahl-Fragen“ im Frühsommer diesen Jahres konnten die Parteien und OB-Kandidaten ihre Standpunkte für die Kommunalwahl deutlich machen (dokumentiert unter: <https://gemeinsam-fuer-stadtwandel.de/kommunalwahl-2020-ist-klimawahl/>).

Heute möchten wir Ihnen unsere **konkreten und wichtigsten Forderungen** für das Arbeitsprogramm dieser Legislaturperiode benennen. Darin legen wir dar, was aus Sicht dieses großen Netzwerks von Expert:innen in Klima-, Natur- und Nachhaltigkeitsfragen für unsere Stadt die zentralen Bausteine sind, um diese Stadt möglichst emissionsfrei für eine lebenswerte Zukunft aufzustellen. Das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig.

Diese Legislaturperiode ist die entscheidendste zur Erreichung all dieser Ziele. Schnelles und zielgerichtetes Handeln ist erforderlich. Denn - zur Erinnerung auch an die neuen Ratsvertreter:innen - die CO₂-Uhr tickt: <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>. Zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels stehen uns nur noch 7 Jahre zur Verfügung.

Und **dieses Zeitfenster ist Ihre Legislaturperiode!**

Die Initiativen leisten mit ihren Expertisen und ihrem Engagement gern ihren Beitrag zur Bewältigung der kommenden Aufgaben. Aber dafür brauchen sie starke, innovative und engagierte Vertreter:innen in der Politik.

Seien Sie eine:r dieser Vertreter:innen!

Mit klimafreundlichen Grüßen,

Ihre Initiativen und Unternehmen von Gemeinsam für Stadtwandel Essen

Bio-Fleischerei-Bernd-Burchardt
Burchardt's Bio-Initiative
Bündnis grüne Lungen für Essen
Bürger gegen Fluglärm e.V.
Emma & Wir e.V.
Ehrenamtsagentur Essen
Ernährungsrat Essen
Extinction Rebellion Essen
Fachgeschäft für Stadtwandel Holsterhausen
FossilFree Essen
Fuss e.V.
GWÖ Essen-Ruhr
Initiative für Nachhaltigkeit e.V.
Kampagne 25%
Kidicalmass Essen
KD 11/13 - Zentrum für Kooperation und Inklusion mit der Stadtteilinitiative
"Altenessen.blüht"
Mobilität-Werk-Stadt e.V.
Moderatoren-Team des RUTE
NABU Ruhr e.V.
Naturschutzjugend Essen/Mülheim e.V.
Natur- und Jugendzentrum Voßgätters Mühle
Parents for Future Essen
RadentscheidEssen
Scientists for Future Rhein/Ruhr (Alexander Neumann)
SlowFood Essen Arbeitskreis - Gute Lebensmittel im Revier
Solargenossenschaft Essen eG
Transition Town - Essen im Wandel mit den Gemeinschaftsgärten in Essen, den
Repaircafés in Rütterscheid und Katernberg sowie "Zero Waste - Kein Müll"
Stadtverband Essen der Kleingärtnervereine e.V.
topotrumpf - liebeliche Orte
Troll Ökologische Backwaren GmbH
Verkehrsclub Deutschland - Essen
von Grünstadt - müllfreie Alternativen fürs Leben
Wastewalk e.V.





Die FORDERUNGEN von Gemeinsam für Stadtwandel Essen

Grundsätzlich gilt: In Klimaschutz und somit in die Zukunft investiertes Geld ist gespartes Geld.¹ Das wird auch aktuell vom Bundesrechnungshof bestätigt.² Prof. Edenhofer vom Potsdam Institut sagte bereits 2014: "... eine weitere Verzögerung für ein internationales Klimaabkommen [wird] sehr teuer [...] und nach 2030 auch unmöglich. Ab dann sind ambitionierte Klimaziele nicht mehr zu erreichen."³

1. Integriertes Umwelt- und Klimaschutzmanagement & Partizipation

Klimaschutz muss zur "Chefsache" der Stadtverwaltung erklärt und ausgebaut werden. Das spiegelt sich u.a. in folgenden Maßnahmen wieder:

- Die Verwaltung wird mit ausreichend Ressourcen (Personal und Finanzmittel) ausgestattet, um die zu leistenden Aufgaben bewältigen zu können. Dies betrifft insbesondere die Grüne Hauptstadt Agentur als beschlossener Knotenpunkt "klimapolitischen Engagements", Grün & Gruga, die Stadt Agentur sowie das Planungsamt (inklusive Kompetenzerweiterung im Bereich Klima-/Naturschutz und Nachhaltigkeit).
- Die Stadt Essen verpflichtet sich zur zeitnahen Entwicklung neuer strategischer Abstimmungs- und Entscheidungsformate zur Erreichung der Klimaziele und der Entwicklung einer lebenswerten Stadt, die insbesondere die Expertise der Zivilgesellschaft in Entscheidungen mit langfristigen Folgen adäquat einbinden.
- Klimaschutz muss als Querschnittsaufgabe der Verwaltung beschlossen und mit entsprechenden Handlungs- und Entscheidungsanweisungen umgesetzt werden.
- Stadtweit müssen themenübergreifende Stadtteilzentren für die Bürger:innen aufgebaut werden, um u.a. Informationen niederschwellig zur Verfügung zu stellen, Stadtteilarbeit ortsnah anzubieten und Bildungsangebote sowie Partizipationsmöglichkeiten auf- oder auszubauen (Beispiel: KD 11/13), so dass diese Angebote integrativ und sozial gerecht für alle verfügbar sind und eine Teilhabe aller Menschen ermöglichen.

¹ <https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-klimaschutz-ist-zu-schwierig-und-viel-zu-teuer>

² <https://taz.de/Klimaziele-fuer-2030/!5720788/>

³ <https://www.dw.com/de/edenhofer-zögern-macht-klimaschutz-teuer/a-17564613>

2. Regenerative Energien & Energieeffizienz

- Bei der Deckung sämtlicher Energiebedarfe des Konzerns Stadt Essen muss auf die Verbrennung von fossilen Energieträgern verzichtet werden.
- Da, wo es sinnvoll ist, müssen alle Gebäude des Konzerns Stadt Essen und der Tochterfirmen der Stadt Essen bis 2030 mit Photovoltaik und/oder Solarthermie sowie mit Energiespeichern ausgestattet werden.
- Der Ausbau der Biomassen-Energie wird nicht fortgesetzt.
- Für den Ausbau der Solarenergie auf privaten Dächern werden Förderprogramme und stadtweit Informationszentren (Beispiel: Eltingviertel) aufgebaut, finanziert aus Landes- oder Bundesmitteln für Strukturförderung zum Kohleausstieg.
- Der Konzern Stadt Essen unterstützt den Aus- und Aufbau eines grünen Wasserstoffnetzes und eines Nahwärmenetzes (mittelfristig) bzw. mobiler Nahwärmeversorgung (kurzfristig realisierbares Open-Source-Geschäftsmodell „Wärme auf Rädern“ der Solargenossenschaft Essen eG) in kommunaler Trägerschaft einer neu zu gründenden städtischen Netzgesellschaft (Finanzierung: Kapitalumschichtung verkaufter RWE-Aktien).
- Beim Ausbau der erneuerbaren Energien arbeiten die Stadt Essen und ihre Tochtergesellschaften konstruktiv mit der Solargenossenschaft Essen eG und anderen regionalen Energiegenossenschaften und mit Bürger:innen zusammen. Der Konzern Stadt Essen und jede Tochtergesellschaft stellen jedes Jahr der Zivilgesellschaft ihre Ausbauziele für erneuerbare Energien vor und laden Bürger:innen zu einer Beteiligung ein. Über die erreichten Ziele wird jährlich in öffentlich zugänglichen Medien berichtet.

3. Nachhaltige Mobilität

- Die Linien des ÖPNV werden verdichtet, so dass jede/r Bürger:in eine Haltestelle in maximal 300 Metern erreichen kann. Die Taktfrequenz wird erhöht, auch in den Abendstunden.
- Die Forderungen des RadentscheidEssen werden wortgetreu umgesetzt.
- Die Bürgersteige werden stadtweit barrierefrei gestaltet. Ggf. werden Fahrbahnprofile angepasst und Elemente der Schwammstadt eingeplant.
- Die Parksituation muss eine grundsätzlich neue Regelung der Parkraumbewirtschaftung erfahren durch zentrale Stellmöglichkeiten, wie z.B. bewirtschaftete Parkplätze bzw. Parkhäuser. Das geregelte Parken auf ausgewiesenen Flächen schafft den notwendigen Freiraum, um Rad- und Fußwege stadtweit voneinander trennen zu können. Durch diese Trennung kann die Sicherheit sowohl von Radfahrern als auch zu Fuß Gehenden gewährleistet werden. Das kann nur durch eine gerechtere Verkehrsraumaufteilung zu Lasten des MIV und zugunsten von Rad- und Fußverkehr erreicht werden.
- Stadtweit wird Tempo 30 an allen Straßen eingeführt, an denen es rechtlich möglich ist. Straßenabschnitte mit 30/50/30-Regelung werden einheitlich mit Tempo 30 reglementiert.
- Der Ausbau der A52 und des Flughafens Düsseldorf wird nicht unterstützt. Hierfür setzt sich die Kommunalpolitik bei Landes- und Bundespolitik ein. Die weitere Nutzung des Flughafens Essen-Mülheim wird nicht verlängert.

4. Natur & Artenvielfalt

Der Rat der Stadt Essen verpflichtet sich dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen (Artikel 20a Grundgesetz). Daraus ergeben sich folgende Verpflichtungen:

- Die Stadt erhöht die Planstellen für die Neuaufstellung eines gesamtstädtischen Landschaftsplans derart, dass dieser bis Ende 2024 - entsprechend den aktuellen Erfordernissen - zur Rechtskraft geführt werden kann.
- Die Stadt kommt ihrer Verpflichtung nach, regelmäßig die Pflege- und Entwicklungspläne für die Naturschutzgebiete in Essen zu aktualisieren und diese auch umzusetzen.
- Der Aktionsplan Bienen- und Insektenschutz wird konkretisiert und inhaltlich umgesetzt.
- Die Bebauung von Landschaftsschutzgebieten, Biotopverbundflächen und Regionalen Grünzügen (gemäß den Darstellungen des RFNP und des Emscher Landschaftsparks) ist grundsätzlich nicht mehr möglich. Öffentliche und halböffentliche Grünflächen werden als systemrelevant erklärt und eingestuft. Folgerichtig dürfen keine städtischen Grünflächen mehr verkauft werden.
- Die Entwicklung von zusammenhängenden Grün-, Wald- und Biotopflächen wird mit der Stadtgesellschaft vorangetrieben. Das schließt den Ankauf von zusätzlichen Flächen ein (Bsp. Berlin).
- Die Entsiegelung von Flächen wird aktiv betrieben. Das Netto-Null-Hektar Ziel soll für Essen zur Maßgabe werden.
- Essen wird pestizidfreie Stadt und beschließt das Verbot von Insektiziden, Herbiziden und Rodentiziden auf den öffentlichen Flächen (Parks, Friedhöfe etc.) sowie auf stadt eigenen Flächen, die zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet werden.
- Essen tritt, wie beschlossen, den „Kommunen für biologische Vielfalt“ bei.
- Zum Erhalt der Straßenbäume und zur Vergrößerung ihres Bestandes werden zusätzliche Finanzmittel bereit gestellt und in Abstimmung mit allen beteiligten Ämtern Maßnahmen verbindlich festgelegt, wie u.a. die Verbesserung der Standortbedingungen durch Vergrößerung bzw. Sanierung der Baumscheiben, durchgängige Bewässerung sowie Zuführung von Regenwasser (Schwammstadtprinzip).
- Der Flächenanteil derjenigen Waldflächen, auf denen keine Pflegeeingriffe erfolgen, wird kontinuierlich ausgeweitet. Die Stadt Essen initiiert und erarbeitet mit den weiteren Waldbesitzern auf dem Stadtgebiet von Essen eine gemeinsame Strategie zum Aufbau und Erhalt eines naturnahen Stadtwaldes.

5. Zukunftsfähiges Ernährungssystem

- In allen städtischen Einrichtungen wird Ernährungsbildung von Kindern und Jugendlichen aktiv gefördert, durch entsprechende Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter:innen und gezielte Projekte für die Schüler:innen.
- Die Stadt unterstützt den Umbau der regionalen Landwirtschaft auf ökologische Produktion und diesbezüglicher Modellprojekte, wie zum Beispiel die Bonnekamphöhe. Sie verhindert die Umwidmung und Bebauung von landwirtschaftlichen Nutzflächen.
- Die Stadt forciert die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsverpflegung hin zu einem Angebot mit möglichst biologisch und fair erzeugten und verarbeiteten sowie bevorzugt regionalen Produkten.
- Die Stadt unterstützt den Ernährungsrat Essen bei der Entwicklung und Umsetzung der Zukunftsküche Essen und einer Ernährungsstrategie für die Stadt und bringt entsprechende Ressourcen ein.
- Essen tritt den Netzwerken "Essbare Stadt" und „Bio-Städte“ bei.
- Die Stadt Essen baut in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Wirtschaft und der Wissenschaft ein Netzwerk zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung auf.

6. Nachhaltiges Bauen

- Das Planungsziel der "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" wird durch das Planungsziel der "Doppelten Innenentwicklung" abgelöst. Im Rahmen der "doppelten Innenentwicklung" ist der Ausbau von Stadtgrün, d.h. von Natur- und Freiraum innerhalb von Siedlungen prioritär zu behandeln. Neben Parkanlagen, Friedhöfen oder Kleingartenanlagen, sind auch kleinräumige Grünflächen, wie Vorgärten, Hinterhöfe und Pocket-Parks als systemrelevante Mosaiksteine für das Innenstadtklima, die urbane Biodiversität sowie das Wohlbefinden der Bewohner zu berücksichtigen.
- Das Planungsamt korrigiert die Wohnbedarfsberechnungen für Essen entsprechend der aktuellsten Bevölkerungsprognose des Essener Amtes für Statistik aus 2019.
- Die Verwaltung der Stadt Essen hat sich zur Anwendung der "Klimaampel" verpflichtet. Diese muss bei Beschlussvorlagen des Geschäftsbereiches 6B besonders zur Sachverhaltsdarstellung und damit als Entscheidungsgrundlage für die Politik deutlich und sichtbar angewandt werden.
Zusätzlich müssen die Ergebnisse der aktuellsten Klimaaanalyse der Stadt Essen in den Beschlussvorlagen für den Ausschuss für Stadtplanung und Stadtentwicklung als Planungshinweise und Flächeninformationen aufgeführt werden, insbesondere bei Vorlagen für Beschlüsse zu B-Plan-Aufstellungen.
- Die Stadt Essen entwickelt ein gesamt-städtebauliches Entwicklungskonzept, u.a. mit Brachflächen-, Flächenentsiegelungs- und Leerstandsentwicklungskonzept. Das Erstellen entsprechender Kataster über Brachflächen- und Leerstandsbestand ist dafür notwendig.
- Die Sanierungsquoten zur Steigerung der Energieeffizienz von städtischen Gebäuden wird deutlich erhöht, mindestens aber auf 3%.
- Öffentliche Grundstücke werden nicht mehr nach dem Bieterverfahren, sondern nach Konzeptvergabe verkauft.
- In allen B-Plänen wird festgelegt:
 - * Energieversorgung mit erneuerbaren Energien.

- * Erstellung einer Freiflächensatzung, in der im Rahmen der B-Pläne die Bepflanzung und weitgehende Entsiegelung der nicht überbauten Flächen des Grundstücks sichergestellt wird. Ebenso soll die Dach- und Fassadenbegrünung geregelt werden. Bauliche Anlagen und Wege sind auf das notwendige Minimum zu beschränken.
- * Bei allen Neubauprojekten sind ökologische Standards wie Passivbauweise, Verwendung von ökologischen und/oder recycelten Baustoffen verpflichtend.
- * Flächen für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser sowie Maßnahmen zur dezentralen Entwässerung sind in den Bauleitplänen vorzusehen und ökologisch zu gestalten.
- * Artenschutzmaßnahmen im Zuge von Planungen sind im Rahmen von Nebenbestimmungen für Bebauungspläne auch innerhalb des Stadtgebiets festzulegen (z. B. Fledermausfassadenkästen, Nisthilfen für Gebäudebrüter, Retentionsflächen).

7. Ressourcen & Abfall

- Biologische Abfälle werden abhängig von ihrer Zusammensetzung in einem optimalen Kreislauf genutzt.
Unter anderem sollen Biogasanlagen zur Gewinnung von Energie und Kompost aufgebaut werden.
Pyrolyse⁴ soll als weiteres Verfahren zur Verwertung von biologischen Abfällen sowohl zur Energiegewinnung als auch vor allem zur CO₂-Speicherung (u.a. Herstellung von bodenverbessernder Pflanzenkohle) in Essen zeitnah geprüft werden.
- Müllvermeidung muss vor Müllentsorgung priorisiert werden durch:
 - * Die Abfallentsorgungskosten müssen Anreize zur Einsparung von Müll bieten (Good Practice Beispiel „ZeroWaste-Politik“ von San Franzisko).
 - * Zur konsequenten Müllvermeidung unterstützt die Stadt finanziell und logistisch den Aufbau und Betrieb eines Netzwerks von Repaircafés, Tausch- und Verschenkbörsen, mit dem überflüssige, noch brauchbare Gegenstände stadtweit angeboten werden können.
 - * Die EBE unterstützt die Müllvermeidung, indem Sperrmüll bereits bei der Anmeldung zur Entsorgung zwischen unbrauchbar und brauchbar differenziert und dementsprechend getrennt gesammelt wird.
- Die Stadt Essen verpflichtet die von ihr beauftragten Entsorgungsunternehmen, keinen Müll zur Entsorgung/Lagerung in Drittstaaten auszuführen.
- Die Stadt informiert rechtzeitig die Essener Gastronomie zum Einweg-Plastikverbot und die möglichen Alternativen. Sie unterstützt die Einführung eines stadtweiten Mehrweg-Systems.
- Bei Veranstaltungen der Stadt Essen werden grundsätzlich nur Mehrweg-Systeme genutzt.
- Mülltrennungssysteme (braune, gelbe, blaue und graue Tonne) werden ausnahmslos stadtweit Standard.
- Das Recycling von Baustoffen und die Verwendung von recycelten Baustoffen wird ausgebaut.

⁴ <http://www.lwf.bayern.de/forsttechnik-holz/biomassenutzung/010920/index.php>

8. Bildung für nachhaltige Entwicklung & zukunftsfähige Gesellschaft

- Die Stadt Essen startet eine Informations- und Bildungskampagne mit zielgruppenspezifischen Formaten (Weiterentwicklung der Homepage zu einer Informationsplattform zu Klima- und Naturschutz, Flyer, Handreichungen, Werbung, Radiospots, Podcasts etc.).
Diese offerieren Möglichkeiten den privaten Haushalt nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten, z.B. durch Entsiegelung von Schottergärten und Gestaltung von naturnahen und insektenfreundlichen Gärten mit heimischen Pflanzen und Wieseneinsaaten statt Rasen, Stromsparen, energetische Sanierung & Produktion erneuerbarer Energien, verfügbare Fördergelder, Minderung der persönlichen CO₂-Bilanz durch vegetarisch/vegane Ernährung etc.
Weiterhin bewirbt die Kampagne die Möglichkeiten am Erhalt und Aufbau des Stadtgrüns der Stadt Essen mitzuwirken, z.B. durch Gießen von Straßenbäumen, Übernahme von Baumbepflanzungen, Anlegen von Streuobstwiesen.
- Zur stadtweiten Verstärkung von BNE wird eine Koordinierungsstelle eingerichtet und die unter 1. geforderten Stadtteilzentren durch Quartiersmanager:innen unterstützt.
- Die BNE-Zertifizierung der VHS wird unterstützt.
- Die Stadt unterstützt nach ihren Möglichkeiten BNE an allen Essener Schulen und Bildungseinrichtungen langfristig fest zu verankern.
- Die derzeitigen Anreizstrukturen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtteilen (Fördermittel, Nachhaltigkeitspreise, etc.) wird beibehalten und erweitert.
Die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich Klima-, Natur- und Umweltschutz wird in der gesamten Stadtgesellschaft (Bürgerschaft, Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft) gefördert.

9. Nachhaltige Wirtschaft & Gemeinwohlökonomie

- Die EWG wird personell gestärkt, um Nachhaltigkeits- und Klimaziele der Stadt Essen im Bereich der Wirtschaft zu priorisieren und die Gründung und Weiterentwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern.
- Die Stadt Essen schafft durch geringere steuerliche Abgaben oder Bevorzugung bei Ausschreibungen eine Anreizstruktur für Betriebe, die die Kriterien der Gemeinwohlökonomie und/oder von noch zu definierenden Klima- und Nachhaltigkeitskriterien (z.B. CO₂-Neutralität) erfüllen.
- Die Stadt Essen fördert die Ansiedlung von Unternehmen, die Innovationen für eine forcierte Energiewende entwickeln, z.B. Techniken für die Nutzung erneuerbarer Energien (grüner Wasserstoff), für die Speicherung erneuerbarer Energien oder Techniken zur Steigerung von Energieeffizienz.
- Das örtliche Handwerk wird unterstützt bei der Anwerbung und Ausbildung von Fachkräften. Ein flächendeckendes Netz mit Handwerksbetrieben in jedem Stadtteil wird angestrebt, um die Versorgung mit Fach- und Ausbildungsbetrieben sicher zu stellen, Anfahrtswege gering zu halten und das Innovationspotenzial in der Stadt zu erweitern (Fahrradwegbau, Solarausbau, Gebäudesanierung usw.). Hierfür benötigte Gewerbeflächen werden durch das anzulegende Brachflächenkataster definiert.
- Die Stadt Essen übernimmt eine Vorbildfunktion für nachhaltiges, ökologisches und soziales Wirtschaften, z.B. durch Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz ihrer kommunalen Betriebe.

- Die Stadt Essen überprüft ihre Anteile an Unternehmen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitskriterien, trennt sich von Aktien und Anteilen klimaschädlicher Unternehmen (u.a. RWE, Steag) und investiert in nachhaltige Aktien sowie in die notwendige Energie- und Verkehrswende zur Erreichung der Klimaziele.

